## Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich

Johannes Bauer

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

27.07.2010 - PM 52/2010

IG-BAU-Chef zur IAQ-Studie "Niedriglohnbeschäftigung":

## Niedriglohn-Boom stoppen Mindestlöhne sind ein Muss

Frankfurt am Main – Zu der heute vorgestellten Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen, nach der ein Fünftel der Beschäftigten in Deutschland einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle erhält, erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiesehügel:

Die IAQ-Studie zeigt in aller Deutlichkeit, wie notwendig die flächendeckende Einführung von existenzsichernden, verbindlichen Lohnuntergrenzen in Deutschland ist. Wir brauchen tarifliche Mindestlöhne – so wie beispielsweise in der Baubranche und im Gebäudereinigerhandwerk. Und wir brauchen für die Branchen, in denen es nicht möglich ist, tarifvertragliche Lohnuntergrenzen festzusetzen, auch einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro. Wir brauchen in Deutschland endlich ein Konzept, das demjenigen, der Arbeit hat, mit seinem Lohn ein existenzsicherndes Auskommen garantiert.

Es ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis für ein Land, wenn einem Fünftel der Beschäftigten Niedriglöhne gezahlt werden, mit denen sie nicht in der Lage sind, über die Runden zu kommen – geschweige denn, eine ausreichende Altersversorgung aufzubauen.

Wenn ein Großteil der Beschäftigten trotz Vollzeit-Jobs gezwungen ist, zusätzlich staatliche Aufstockungsleistungen in Anspruch zu nehmen, ist das eine fatale Entwicklung.

Niedriglöhne sind nicht nur moralisch verwerflich – sie sind auch für die Gesellschaft zu teuer. Deutschland kann sich auf Dauer nicht leisten, dass sich verantwortungslose Arbeitgeber durch die Zahlung von Niedriglöhnen auf Kosten der Sozialkassen regelrecht bereichern.

Der Niedriglohn-Boom muss gestoppt werden: Der Slogan "Sozial ist, was Arbeit schafft" darf nicht zum Markenzeichen vom "Standort Deutschand" werden.

(1759 Zeichen)

